

NIEDERSCHRIFT

über die **7.** Sitzung des
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
(XV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **12.05.2011**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 oder -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:10 Uhr
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Volker Bäumken
2. Frau Irmintrud Berger
3. Herr Andreas Buchartz ab 18.00 Uhr
4. Herr Karl-Heinz Ehms
5. Herr Hans-Josef Engels
6. Herr Gerhard Heyner bis 18.00 Uhr
7. Herr Norbert Kallen
8. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
9. Herr Werner Moritz
10. Frau Sabine Prosch
11. Herr Antonius Suppes
12. Frau Birte Wienands
13. Herr Dr. Christian Will

• SPD-Fraktion

14. Herr Denis Arndt
15. Herr Udo Bartsch
16. Herr Rainer Schmitz
17. Frau Gertrud Servos
18. Herr Rainer Thiel bis 20.45 Uhr
19. Frau Helga Weiss

• FDP-Fraktion

20. Frau Christa Quellmann
21. Herr Dirk Rosellen

22. Herr Rudolf Wolf

• **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

23. Herr Manfred Haag

24. Herr Martin Kresse

25. Frau Dr. Sylke Markert-Kütemeyer

ab 19.45 Uhr

26. Frau Angela Stein-Ulrich

bis 19.45 Uhr

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

27. Frau Karin Borrmann-Schulz

bis 19.00 Uhr

28. Frau Margit Kalthoff

29. Herr Carsten Thiel

ab 19.00 Uhr

• **beratende Mitglieder**

30. Herr Karl Boland

31. Herr Karl-Heinz Brandofsky

bis 20.00 Uhr

32. Herr Bernd Gellrich

ab 17.40 Uhr bis 19.30 Uhr

33. Herr Norbert Kallen

34. Herr Dr. Josef Merten

35. Herr Bülent Öztas

bis 20.00 Uhr

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		4
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) -Grundsicherung für Arbeitsuchende-	4
2.1.	Optionsantrag Vorlage: 50/1117/XV/2011	4
2.2.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/1119/XV/2011.....	5
2.3.	Jobcenter / gemeinsame Einrichtung Vorlage: 50/1118/XV/2011	5
3.	Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche Vorlage: 50/1120/XV/2011	6
4.	Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel Vorlage: 50/1124/XV/2011.....	7
5.	Zertifizierte gesunde Ernährung in Schulen (Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.03.2011) Vorlage: 53/1096/XV/2011	11
6.	Ergebnisse des Integrationsworkshops Vorlage: 50/1121/XV/2011	12
7.	Fitnetz - das gesunde Netzwerk Vorlage: 53/1088/XV/2011	13
8.	Pflegebedarfsplanung im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1116/XV/2011	13
9.	Mitteilungen	13
9.1.	Gesundheitsförderung an Schulen - eine Publikation des Rhein-Kreises Neuss für Schulen der Sekundarstufen I und II Vorlage: 53/1089/XV/2011.....	14
9.2.	Partnerschaftskomitee	14
10.	Anfragen	14
10.1.	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.03.2011 zum Abrechnungsverfahren/ Vorauszahlungen im Rahmen der Beteiligungssatzung SGB II Vorlage: 50/1115/XV/2011	14
10.2.	Anfrage der Fraktion UWG/Die Aktive vom 06.04.2011 zu Bearbeitungszeiten von Sozial- und Pflegegeldanträgen Vorlage: 50/1122/XV/2011.....	14
10.3.	Anfrage der SPD-Fraktion zur Integration von Wohnungslosen	15
10.4.	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Eingliederungstitel SGB II und der Instrumentenreform SGB III.....	15

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Kreistagsmitglied Haag bat um Aufnahme der von seiner Fraktion gestellten Anfrage „Weitere Kürzungen der Bundesregierung im Eingliederungstitel des SGB II / Mögliche Auswirkungen der Instrumentenreform des Bundesarbeitsministeriums auf die Beschäftigungsförderung im Rhein-Kreis Neuss“ in die Tagesordnung. Ausschussvorsitzender Dr. Klose erklärte, die Anfrage könne unter Tagesordnungspunkt 10 behandelt werden.

2. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende-

2.1. Optionsantrag

Vorlage: 50/1117/XV/2011

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz führte in die Thematik ein. Die Ablehnung des Optionsantrages sei inzwischen vielfach diskutiert worden. Man sei enttäuscht über das Ergebnis, jedoch auch über den Umgang der Landesregierung mit der Entscheidung. Bis heute liege keine schriftliche Begründung des Ergebnis vor, so dass eine objektive Betrachtung der Entscheidungsgründe nicht vorgenommen werden könne. Es habe zwischenzeitlich das Angebot der Landesregierung zu einem Gesprächstermin in der 21. Kalenderwoche gegeben, welches seitens der Verwaltung wahrgenommen werde. Dabei werde auch Akteneinsicht genommen. Allgemeiner Vertreter Steinmetz dankte dem Ausschuss für die konstruktive Zusammenarbeit und schlug vor, den Blick nun der Zukunft zuzuwenden, da die Gesamtthematik Politik und Verwaltung durch das Jobcenter auch weiterhin beschäftigen werde.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose äußerte sein Unverständnis über das Vorgehen der Landesregierung. Dies sei in einem Rechtsstaat nicht die übliche Verfahrensweise.

Kreistagsmitglied Wienands bedauerte das Ergebnis, da sich alle Beteiligten für den Antrag stark gemacht hätten. Sie rügte die fehlende Begründung der Ablehnung durch die Landesregierung und sprach sich für eine Fortsetzung der guten Zusammenarbeit mit der Bundesagentur im Jobcenter aus.

Kreistagsmitglied Rainer Thiel wies darauf hin, dass die Landesregierung in ihrem Be-

scheid dem Rhein-Kreis Neuss die grundsätzliche Eignung als Optionskommune bescheinige. Jedoch sei die erzielte Platzierung enttäuschend. Da man die Entscheidung nicht mehr ändern könne, sollte nun nach vorne geblickt werden.

Kreistagsmitglied Haag bat die Verwaltung um einen Bericht nach der erfolgten Akteneinsicht bei der Landesregierung. Aus seiner Sicht sei die Haltung der Stadt Neuss für die Ablehnung ausschlaggebend gewesen. Der Kreis habe in seinem Antrag nicht ausreichend dargestellt, wie er die Aufgabenwahrnehmung sicherstellen wolle, falls eine Kommune sich nicht oder nicht ausreichend einbringe.

Kreistagsmitglied Rosellen erklärte, die Entscheidung sei bedauerlich, es müsse aber akzeptiert werden, dass auch andere Kommunen gute Arbeit geleistet hätten. Er kritisierte die fehlende Begründung der Landesregierung.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz entgegnete Kreistagsmitglied Haag, dass die Entscheidungsgründe nicht bekannt seien und gemäß den gesetzlichen Vorgaben die ablehnende Haltung der Stadt Neuss keinen ausschlaggebenden Einfluss gehabt haben dürfte. Im Antrag seien auch die Möglichkeiten des Kreises zur Aufgabenwahrnehmung für den Fall dargelegt worden, dass eine Kommune nicht mitarbeiten wolle.

Kreistagsmitglied Rainer Thiel äußerte hierzu, dass diese Position die Dinge rein formal betrachte. Wenn eine kreisangehörige Stadt mit 150.000 Einwohnern eine schriftliche Eingabe an das Land mache, müsse dies eine Wirkung entfalten. Kreistagsmitglied Schmitz ergänzte, dass andere Antragsteller in diesem Punkt geschlossener aufgetreten seien.

Kreistagsmitglied Wienands schlug vor, die Diskussion nicht auf spekulativer Ebene fortzusetzen, sondern nach der erfolgten Akteneinsicht durch die Verwaltung das Thema wieder aufzugreifen.

2.2. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/1119/XV/2011

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz verwies auf die Sitzungsvorlage und ergänzte, dass der konjunkturelle Aufschwung bei den Leistungsbeziehern noch nicht angekommen sei.

2.3. Jobcenter / gemeinsame Einrichtung

Vorlage: 50/1118/XV/2011

Protokoll:

Kreistagsmitglied Kresse bat darum, zukünftig einen dem früheren „ARGE-Report“ vergleichbaren Bericht zu erhalten. Allgemeiner Vertreter Steinmetz sagte dies zu. Für die

heutige Sitzung sei bewusst auf einen solchen Bericht verzichtet worden, da Frau Gilles verhindert sei und somit nicht für Fragen des Ausschusses zur Verfügung stehe.

3. Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche Vorlage: 50/1120/XV/2011

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz führte aus, dass das vom Gesetzgeber gewollte Ziel des Bildungs- und Teilhabepaketes im Rhein-Kreis Neuss schnell und pragmatisch umgesetzt werden solle. Die Vorbereitungen seien getroffen, um Leistungen an die rund 15.000 leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen im Kreisgebiet zahlbar machen zu können. Im Haushaltsjahr 2011 stünden dafür bekanntlich ca. 8 Millionen Euro zur Verfügung, die der Bund erstatte. Neben der engagierten Arbeit der Kreisverwaltung hätten auch die Kommunen durch einen guten Informationsfluss an die Familien der leistungsberechtigten Kinder dazu beigetragen, die Zahl der Anträge auf aktuell über 1.500 stark zu erhöhen.

Frau Rothe und Frau Stump vom Kreissozialamt stellten das Bildungs- und Teilhabepaket sowie die seitens der Verwaltung getroffenen Maßnahmen vor. Der Vortrag liegt der Niederschrift in Anlage bei.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose dankte der Verwaltung für die Informationen. Er zeigte sich erstaunt über den hohen Bedarf an Nachhilfe und Lernförderung in der heutigen Zeit und fragte an, wer darüber entscheide, ob ein Schüler Probleme mit dem Lernen habe, oder ob der Betreffende vielleicht gar nicht lernen wolle.

Kreistagsmitglied Servos verdeutlichte, dass es bereits früher der Standpunkt der SPD-Fraktion gewesen sei, die Gelder unmittelbar den Schulen zugänglich zu machen und fragte an, ob die Hilfen auch dann schon einsetzen könnten, wenn zum Beispiel eine Versetzung noch nicht unmittelbar gefährdet sei.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dankte Kreistagsmitglied Stein-Ulrich der Verwaltung für die schnelle Erarbeitung der Richtlinien, stelle aber Abweichungen von den Handlungsempfehlungen des Landes fest.

Kreistagsmitglied Berger sah die fehlende Basis innerhalb von Familien als Grund für den gestiegenen Bedarf an Unterstützung für Schüler. Die Schulen und Lehrer würden bereits sehr viel leisten, könnten jedoch nicht das Elternhaus ersetzen.

Kreistagsmitglied Schmitz erklärte, dass nach seiner Ansicht die Expansion des Nachhilfesektors in den bürgerlichen Schichten ihren Ursprung habe.

Sozialamtsleiter Siegfried Henkel erläuterte zum Thema Lernförderung, dass durch das Bildungs- und Teilhabepaket ein Bedarf in den Haushalten angegangen werde, der nach den bisherigen sozialhilferechtlichen Ansprüchen nicht habe anerkannt werden können. Dies sei eine gute Botschaft. Er erläuterte einige Inhalte aus der Richtlinie und machte klar, dass anhand dieser Vorgaben zunächst Erfahrungen gesammelt werden und dann ggf. eine Nachjustierung erfolgen solle. Es erfolge auch eine Abstimmung mit der Arbeitshilfe des Ministeriums, die erst spät und nach Erarbeitung der eigenen

Richtlinien bekannt gemacht worden sei. Die Entscheidungen über Lernförderung würden von der Sachbearbeitung getroffen, jedoch sei es dabei notwendig die Lehrer bzw. Schulen einzubinden. Nur so könne sichergestellt werden, dass das Wissen über den einzelnen Schüler in die Entscheidung einfließe, zum Beispiel auch hinsichtlich der Frage, ob ein Schüler überhaupt lernwillig sei.

Auf die Aussage von Kreistagsmitglied Carsten Thiel, dass die Regelungen zum Nachteil geringverdienender Familien seien und somit keinen Anspruch auf die Leistungen hätten, verwies Herr Henkel auf die gesetzlichen Vorgaben.

Auf die Frage von Kreistagsmitglied Bartsch antwortete Herr Henkel, dass bislang mit dem nur 1-seitigen Antragsformular gute Erfahrungen gemacht worden seien.

Kreistagsmitglied Servos fragte an, ob neben den Sportvereinen auch andere Organisationen ins Teilhabepaket einbezogen seien. Herr Henkel bejahte dies.

Kreistagsmitglied Rainer Thiel bat um Auskunft, was mit den vom Bund bereitgestellten Haushaltsmitteln von 8 Mio € geschehe, falls diese nicht in voller Höhe verausgabt würden.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, das Ziel der Verwaltung sei es, die Mittel nach Möglichkeit zu nutzen. In den ersten 3 Jahren gebe es keine Spitzabrechnung der Mittel, so dass nicht verbrauchte Gelder dem Haushalt zugute kämen. Nach der Übergangsregelung werde es eine Verrechnung mit den vom Bund erstatteten KdU-Mitteln geben.

Kreistagsmitglied Kresse bat um Entwicklung eines Berichtswesens.

4. Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel Vorlage: 50/1124/XV/2011

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose gab einen kurzen Rückblick auf die bisherige Entwicklung und die Notwendigkeit zur Schaffung eines grundsicherungsrelevanten Mietspiegels. Die interfraktionelle Arbeitsgruppe habe zwischenzeitlich getagt, die kreisangehörigen Kommunen seien befragt worden, von der Verwaltung vorgenommene Änderungen seien in die Beratungsvorlage eingeflossen. Die nunmehr von der Verwaltung erarbeiteten Richtwerte seien als Tischvorlage ausgelegt.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz führte in die Thematik ein. Die Verwaltung habe auf die Fragen und die Kritik der Fraktionen reagiert. Unter anderem lägen inzwischen die Mieten von 17.000 Mietverhältnissen vor, nachdem die Wohnungsbestände der Bauvereine Grevenbroich, Neuss und Meerbusch berücksichtigt worden seien. Das Perzentil bei den Kaltmieten sei von 45% auf 50% erhöht worden. Es seien nunmehr nur Wohnungen berücksichtigt worden, deren Mieten in den letzten 4 Jahren angepasst worden seien. Neuss werde ein eigenes Cluster zugeteilt, so dass das Kreisgebiet in 4 statt bisher 3 Bereiche eingeteilt werde. Der grundsicherungsrelevante Mietspiegel solle ab 01. Juli 2011 Anwendung finden. Die Einführung von Allgemeinem Vertreter Steinmetz ist der Niederschrift beigelegt.

Kreistagsmitglied Rainer Thiel führte aus, dass die Bedenken der SPD-Fraktion nicht ausgeräumt seien und seine Fraktion nicht zustimmen werde. Es sei eine Ghettoisierung in bestimmten Wohngebieten von Dormagen, Neuss, Grevenbroich und Meerbusch zu befürchten, was wegen eines zu erwartenden Sanierungsstaus für die dortige Gebäudestruktur, insbesondere aber für die dort lebenden Menschen nicht gut sei. Des Weiteren habe das vorliegende Gutachten nach wie vor den Webfehler, dass die örtlichen Gegebenheiten nicht eingeflossen seien. Kreistagsmitglied Thiel wies auch auf das Schreiben der Stadt Neuss hin, die davon ausgehe, dass 40% der dortigen Leistungsempfänger bei Anwendung des Mietspiegels unangemessen untergebracht seien. Es sei der Eindruck entstanden, als wolle die Verwaltung die Ankündigung des Landrates in dessen Haushaltsrede erreichen, indem durch den Mietspiegel die Kosten der Unterkunft gesenkt werden sollten. Die SPD-Fraktion rege daher die Einholung eines zweiten Gutachtens an, das näher an der Realität liege.

Kreistagsmitglied Wienands erklärte, die CDU-Fraktion habe ihre Entscheidungsfindung abgeschlossen und werde dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen. Die Unangemessenheit von Wohnraum sei kein neues Thema, auch ohne grundsicherungsrelevanten Mietspiegel gebe es in Neuss diesbezüglich eine Quote von 25%. Der Rhein-Kreis Neuss müsse mit der Schaffung des Mietspiegels endlich der Rechtsprechung Folge leisten.

Kreistagsmitglied Carsten Thiel erklärte, dass seine Fraktion die Auffassung der SPD teile und bedanke sich beim Ausschussvorsitzenden, dass der Antrag seiner Fraktion vom 09.05.2011 noch als Tischvorlage zur Verfügung gestellt worden sei. Er kritisierte, dass der vorgelegte Mietspiegel nur bei ausreichend vorhandenem Wohnraum in den entsprechenden Miethöhen akzeptabel sei. Derzeit stünden Wohnungen im Rhein-Kreis Neuss jedoch nur in sozialen Brennpunkten zur Verfügung. Aufgrund des vorgelegten Mietspiegels würden Leistungsempfänger gezwungen sein dort zu leben, was auch für deren Kinder eine schlechtere Chance auf eine schulische oder berufliche Laufbahn bedeute. Zu den Themenbereichen Wartelisten und Neubauten im Bereich des sozialen Wohnungsbaus nahm er Bezug auf den Antrag vom 09.05.2011. Darüber hinaus würden die Sachbearbeiter mit der Prüfung der Fälle derartig belastet, dass die Vermittlung in Arbeit, die eigentlich das Hauptziel bleiben müsse, in den Hintergrund geraten könne.

Kreistagsmitglied Kresse kündigte an, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag ebenfalls nicht folgen werde. Es sei inakzeptabel, dass die betroffenen Menschen im Rahmen einer Einzelfallprüfung von der Entscheidung eines Sachbearbeiters abhängig seien. Man habe die Hoffnung gehabt, dass ein Zweitgutachten eine Versachlichung in die Diskussion bringe. Die zwischenzeitlich vorgenommenen Änderungen hätten in der Substanz der Sachlage nichts bewegt. Der Diskussionsprozess sei intensiv und kontrovers geführt worden. Da der Beschluss massiv in die Rechte der betroffenen Bürger eingreife, müsse er sorgfältig getroffen werden. Daher beantrage die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine geheime Abstimmung.

Kreistagsmitglied Rosellen dankte der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Seine Fraktion habe den Mietspiegel anfänglich kritisch gesehen. Nunmehr seien jedoch Änderungs- und Verbesserungsvorschläge aus der interfraktionellen Arbeitsgruppe eingeflossen, so dass ein klareres Bild vorliege. Die Fraktion der FDP beantrage, dass die Verwaltung einen halbjährlichen Bericht erstelle und vorlege, um die Entwicklungen und Erfahrungen aufzuzeigen.

Kreistagsmitglied Arndt fragte an, ob es Vergleichswerte gebe um prüfen zu können, wie sich die Situation verändere.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz nahm zu den Beiträgen aus den Fraktionen Stellung. Dabei wies er entschieden die Aussage von Kreistagsmitglied Rainer Thiel zurück, die Verwaltung wolle Kosten der Unterkunft einsparen. Die Quote der unangemessenen Unterbringungen in Neuss werde auch nicht auf 40% ansteigen, sondern lediglich von derzeit etwa 20% auf dann 29%. Auch werde kein Leistungsempfänger in einem Rechtsstaat von der einzelnen Entscheidung eines Sachbearbeiters abhängig werden, sondern die Entscheidungen basierten auf für alle gleichermaßen geltenden Richtlinien.

Zur Nachfrage von Kreistagsmitglied Arndt erklärte er, dass ein Vergleich nicht möglich sei, da ein Systemwechsel vollzogen werde.

Das Konzept des grundsicherungsrelevanten Mietspiegels sei alternativlos, die Vorlage basiere auf dem tatsächlichen Bestand. Die Verwaltung habe den Nachweis angetreten, dass zu den festgelegten Mietsätzen Wohnraum zur Verfügung stehe. Eine Umzugswelle oder eine Ghettoisierung sei damit nicht zu befürchten.

Kreistagsmitglied Rainer Thiel verwies nochmals auf die Unterschiede in den einzelnen Kommunen. Wenn der zu treffende Beschluss einen Systemwechsel zur Folge habe, könne heute nicht abgestimmt werden. Hierzu entgegnete Allgemeiner Vertreter Steinmetz, die Unterschiede in den Kommunen seien bekannt und könnten zu unterschiedlichen Auswirkungen führen. Dabei seien auch Steigerungen in den Mieten möglich. Das Argument, dass aufgrund eines Systemwechsels nicht abgestimmt werden könne sei unzutreffend, da seit über einem Jahr auf Grundlage dieses Systemwechsels diskutiert werde.

Kreistagsmitglied Haag erklärte, dass das Konzept weiterhin viele Widersprüche in sich berge. Der Antrag der CDU und FDP bzgl. eines halbjährlichen Berichtes zeige dort eine bestehende Unsicherheit. Die Einholung eines zweiten Gutachtens sei nach wie vor der bessere Weg. Allgemeiner Vertreter Steinmetz bat darum, konkrete Widersprüche aufzuzeigen. Für die Verwaltung seien keine Fragen mehr offen.

Die CDU-Fraktion habe laut Kreistagsmitglied Wienands keine Probleme damit, den vorgelegten Richtwerten zuzustimmen, da alle Fragen im Rahmen der intensiven Beratungen in der interfraktionellen Arbeitsgruppe geklärt worden seien. Zur Sorge anderer Fraktionen hinsichtlich einer Ghettoisierung führte sie aus, dass städtebauliche Fragen innerhalb der einzelnen Kommunen nicht vom Rhein-Kreis Neuss gelöst werden könnten. Darüber hinaus habe die Verwaltung mehrfach vorgetragen, dass es keine Ghettoisierung geben werde. Sollte es zu Schwierigkeiten kommen, werde die Verwaltung entsprechend berichten. Dann bestehe die Möglichkeit für die Politik, darauf zu reagieren. Die Gesamthematik sei durch ein Gerichtsurteil entstanden, nicht durch die Verwaltung oder eine Partei. Sie beantragte daher, die vorgelegten Richtwerte zu beschließen.

Zur Aussage von Kreistagsmitglied Haag erklärte Kreistagsmitglied Rosellen, dass der von seiner Fraktion gestellte Antrag keine Unsicherheit zeige, da die Arbeitsgruppe alle Fragen geklärt habe und das System plausibel sei. Das Thema sei der FDP wichtig, daher wolle man es regelmäßig behandeln.

Kreistagsmitglied Carsten Thiel wies darauf hin, dass die interfraktionelle Arbeitsgruppe die Idee seiner Fraktion gewesen sei. Die Vorgaben des Gerichtsurteils würden in anderen Kommunen anders umgesetzt.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose fasste zusammen, dass die Gesamtmaterie sehr komplex sei und daher alle Fraktionen das Recht hätten, Nachfragen zu stellen. Er fasste die gestellten Anträge bzw. die Reihenfolge der Abstimmungen wie folgt zusammen:

1. Abstimmung über den Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Die Verwaltung wird beauftragt, ein zweites Gutachten einzuholen.
2. Abstimmung über die in der Tischvorlage enthaltenen Richtwerte
3. Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der FDP und CDU: Die Verwaltung erstellt halbjährlich einen Bericht über die Erfahrungen mit dem grundsicherungsrelevanten Mietspiegel und stellt diesen dem Ausschuss vor.

Kreistagsmitglied Rainer Thiel stellte den Antrag, einen ungedeckelten Bestandsschutz zu beschließen. Allgemeiner Vertreter Steinmetz äußerte hierzu erhebliche rechtliche Bedenken und schlug vor, eine entsprechende Prüfung vorzunehmen und hierüber im Kreisausschuss zu berichten. Kreistagsmitglied Rainer Thiel erklärte zu dieser Vorgehensweise sein Einverständnis.

Kreistagsmitglied Haag beantragte für den Fall, dass der Ausschuss die neue Regelung beschließen, umfassend über die Auswirkungen der neuen Richtlinie informiert zu werden. Hierbei solle die Verwaltung insbesondere darüber berichten, wie viele Bedarfsgemeinschaften zur Senkung der Unterkunftskosten aufgefordert wurden, wie viele Einzelfallprüfungen es gegeben habe und wie oft dabei die Härtefallregelung anerkannt worden sei, wie viele Bedarfsgemeinschaften umgezogen seien, wie viele Bedarfsgemeinschaften die Kosten durch andere Maßnahmen wie Untervermietung, Verhandlungen mit dem Vermieter oder Übernahme von Hausmeistertätigkeiten gesenkt hätten, wie hoch die insgesamt entstandenen Kosten für Wohnraumbeschaffung, Umzugskosten und Personalkosten seien, wie viele Widersprüche aufgrund der neuen Mietobergrenzen eingegangen und ob Klagen erhoben seien. Allgemeiner Vertreter Steinmetz sagte eine Prüfung zu, ob diese Fragen und Kennzahlen seitens der Verwaltung beantwortet werden können.

Für die Auszählung der Stimmen der geheimen Abstimmungen zu 1. und 2. stellten sich die Kreistagsmitglieder Kallen und Arndt zur Verfügung.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose teilte nach Auszählung der Stimmen folgende Ergebnisse mit:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde mit 14 Neinstimmen bei 13 Jastimmen mehrheitlich abgelehnt.

Die Beschlussvorlage gemäß den Sitzungsvorlagen wurde mit 16 Jastimmen bei 11 Neinstimmen mehrheitlich angenommen.

Der offen abgestimmte Antrag der FDP-Fraktion wurde einstimmig angenommen.

Anmerkung der Verwaltung: Die Beantwortung der Fragen zum ungedeckelten Bestandsschutz sowie zu den Inhalten eines zukünftigen Berichtswesens liegen der Niederschrift in Anlage bei.

Beschluss:

Beschluss 1: Der Sozial- und Gesundheitsausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einholung eines Zweitgutachtens ab.

Beschluss 2: Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt den mit der Tischvorlage vorgelegten Richtwerten zum grundsicherungsrelevanten Meitspiegel zu.

Beschluss 3: Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beauftragt gemäß dem Antrag der Fraktionen der CDU und FDP die Verwaltung halbjährlich die Auswirkungen der Neuregelung zu überprüfen und dem Ausschuss hierüber zu berichten.

**5. Zertifizierte gesunde Ernährung in Schulen (Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.03.2011)
Vorlage: 53/1096/XV/2011**

Protokoll:

Ausschussmitglied Dr. Markert-Kütemeyer erklärte, dass die im letzten Jahr für den Rhein-Kreis Neuss erstellte Studie sehr interessante Ergebnisse geliefert habe. Daraus sei erkennbar, dass jedes vierte Kind im Rhein-Kreis Neuss übergewichtig und sofern Handlungsbedarf in der Prävention gegeben sei. Bei den Schulen sei ein entsprechender Handlungsbedarf gegeben, da dort das Mittagessen angeboten werde. Nach dem Aufbau der Schulküchen müsse nun in einem zweiten Schritt ein Qualitätsstandard definiert werden, um eine gute und gesunde Ernährung an den Schulen zu erreichen. Hieraus würde sich eine bessere Versorgung für die Schülerinnen und Schüler ergeben. Der Rhein-Kreis Neuss würde damit auch zeigen, dass er die ihm zur Verfügung stehenden Daten sinnvoll nutze.

Kreistagsmitglied Schmitz erklärte, dass die Initiative zwar begrüßt werde, jedoch der enorme Aufwand berücksichtigt werden müsse, der mit einer dauerhaften und regelmäßigen Qualitätsprüfung einhergehe.

Kreistagsmitglied Carsten Thiel gab zu bedenken, dass Catering-Firmen wirtschaftlich und gewinnorientiert arbeiten würden. Insoweit müsse hinterfragt werden, ob die Projekthalte aus Sicht der Leistungsanbieter dauerhaft bezahlbar und somit gewollt seien.

Kreistagsmitglied Wienands stimmte den Ausführungen von Kreistagsmitglied Schmitz zu und ergänzte, dass die Geldmittel für einen Preis besser in die Qualitätssicherung einfließen sollten.

Kreistagsmitglied Wolf wies darauf hin, dass man Wege finden müsse, um den Schülern die gesunde Ernährung auch schmackhaft zu machen.

Kreistagsmitglied Rosellen ergänzte, dass hinsichtlich des Zieles Einigkeit bestehe, jedoch dürfe das Konzept nicht von oben übergestülpt werden, insoweit sei ein Wettbewerb nicht der richtige Weg.

Dezernent Mankowsky bedankte sich für das Aufgreifen des Themas. Der Rhein-Kreis Neuss sei in diesem Sektor bereits gut unterwegs, jedoch könnten einzelne Bereiche noch weiter ausgebaut werden. Es bestehe bei Schulen und Kindergärten allerdings

kein Wissensdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit. Er schlug vor, sich mit interessierten Schulen auszutauschen und dabei zu diskutieren, was umsetzbar und realistisch sei.

Ausschussmitglied Dr. Markert-Kütemeyer erläuterte, dass der Wettbewerb das Ziel haben solle, ein Engagement bei den Schulen zu initiieren. Zu den möglichen Kosten verwies sie auf die Hochschule Niederrhein, die ein eigenes System entwickelt habe. Dabei würde mit Kosten von 200,-€ pro Schule pro Jahr zu rechnen sein. Sie bat den Ausschuss um eine positive Absichtserklärung und erklärte sich bereit, einen Entwurf auszuarbeiten.

Kreistagsmitglied Wienands beantragte den Vorschlag der Verwaltung aufzugreifen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe mit interessierten Schulen einzuberufen, um umsetzbare und realistische Möglichkeiten zu suchen, wie gesunde Ernährung in Schulen sichergestellt werden kann. Über das Ergebnis der Arbeitsgruppe soll in einer der nächsten Sitzungen dem Ausschuss berichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

6. Ergebnisse des Integrationsworkshops

Vorlage: 50/1121/XV/2011

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz verwies auf die ausführliche Sitzungsvorlage. Sofern die Politik hinter den Ergebnissen stehe, werde die Verwaltung ihre Arbeit entsprechend aufnehmen.

Die Kreistagsmitglieder Kresse und Servos lobten das Vorgehen bei der Erarbeitung der vorliegenden Ergebnisse und regten die Schaffung einer RAA an. Kreistagsmitglied Wienands ergänzte, dass die Steuerungsgruppe mit klaren Aufträgen nun die Arbeit aufnehmen könne.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss bestätigt die im Integrationsworkshop erarbeiteten Leitziele, Jahresziele und Maßnahmen und beauftragt die Steuerungsgruppe Integration, den Umsetzungsprozess zu begleiten und den für 2012 vorgesehenen Integrationsgipfel vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7. Fitnetz - das gesunde Netzwerk

Vorlage: 53/1088/XV/2011

Protokoll:

Dezernent Mankowsky stellte das „Fitnetz - das gesunde Netzwerk“ vor. Dieses habe sich in der Vergangenheit sehr bewährt. Beim Fitnetz gehe es darum, nicht einzelne Projekte durchzuführen, sondern gesundheitsfördernde Strukturen zu entwickeln. Merkmale sein dafür zum Beispiel feste Ansprechpartner, Gesundheitsteams mit Erziehern und Eltern, Dokumentation der Entwicklungen oder regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen. Künftig solle das Fitnetz weiterentwickelt werden. Insbesondere solle es sich auf Kindergärten fokussieren. Die bisher beteiligten Schulen hätten die Möglichkeit, an einem landeseinheitlichen Netzwerk „Bildung und Gesundheit“ teilzunehmen. Das Fitnetz sei ein maßgeblicher Faktor für die Anerkennung des Rhein-Kreises Neuss als Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendgesundheit.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8. Pflegebedarfsplanung im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/1116/XV/2011

Protokoll:

Sozialamtsleiter Henkel erläuterte die Sitzungsvorlage mit dem Hinweis auf die sich abzeichnende Überkapazität von Pflegeplätzen. Derzeit seien der Verwaltung zahlreiche konkrete Planungen bekannt, mit deren Umsetzung in den nächsten Jahren zu rechnen sei. Darüber hinaus gebe es Hinweise auf weitere Aktivitäten in den kreisangehörigen Kommunen.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose erklärte, dass sich die Kommission Silberner Plan in ihrer nächsten Sitzung mit dieser Problematik auseinandersetzen müsse. Ihm bereite es Sorge, dass das einzige Interesse der Investoren auf dem Pflegemarkt die Gewinnabsichten seien.

Kreistagsmitglied Wienands bat in der Kommission Silberner Plan um Prüfung, ob eine Fortschreibung dieses Werks notwendig und sinnvoll sei, da man in der Vergangenheit damit sehr gute Erfahrungen gemacht habe.

9. Mitteilungen

9.1. Gesundheitsförderung an Schulen - eine Publikation des Rhein-Kreises Neuss für Schulen der Sekundarstufen I und II
Vorlage: 53/1089/XV/2011

Protokoll:

Dezernent Mankowsky verwies hierzu auf die Tischvorlage.

9.2. Partnerschaftskomitee

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz berichtete von einem Besuch des Partnerschaftskomitees beim Europaparlament in Straßburg. Gemeinsam mit dem Landrat des polnischen Partnerkreises Mikolow habe man gute Gespräche zur Weiterentwicklung der gemeinsamen Kooperation geführt und sei unter anderem mit dem Präsidenten des EU-Parlamentes Prof. Jerzy Buzek zusammengetroffen.

10. Anfragen

10.1. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.03.2011 zum Abrechnungsverfahren/ Vorauszahlungen im Rahmen der Beteiligungssatzung SGB II

Vorlage: 50/1115/XV/2011

Protokoll:

Kreistagsmitglied Servos dankte der Verwaltung für die in den Sitzungsunterlagen enthaltenen Ausführungen.

10.2. Anfrage der Fraktion UWG/Die Aktive vom 06.04.2011 zu Bearbeitungszeiten von Sozial- und Pflegegeldanträgen

Vorlage: 50/1122/XV/2011

Protokoll:

Hierzu wurde nicht das Wort gewünscht.

10.3. Anfrage der SPD-Fraktion zur Integration von Wohnungslosen

Protokoll:

Kreistagsmitglied Servos dankte für die Beantwortung der Anfrage mittels der Tischvorlage für die heutige Sitzung. Falls sich hieraus weitere Fragen ergeben sollten, würden diese ergänzend gestellt.

10.4. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Eingliederungstitel SGB II und der Instrumentenreform SGB III

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose und Allgemeiner Vertreter Steinmetz wiesen darauf hin, dass die Anfrage in die sachliche Zuständigkeit des Jobcenters falle und dort in der Trägerversammlung erörtert werden müsse. Die Anfrage werde daher an das Jobcenter weitergeleitet.

Kreistagsmitglied Haag erinnerte daran, dass nicht nur der Personenkreis der Langzeitarbeitslosen betroffen sei. Das System sei durchgängig und habe somit unmittelbare Auswirkungen auf die Sozialpolitik des Kreises. Kreistagsmitglied Kallen nannte hierfür die Beispiele des Technologiezentrums Glehn oder der Fahrradstationen an den Bahnhöfen in Neuss und Grevenbroich.

Kreistagsmitglied Kallen erklärte hierzu, dass man als Kreisgemeinschaft davon abhängig sei, was auf Bundesebene geschehe. Ein Bericht der Trägerversammlung im Ausschuss sei daher wünschenswert und sinnvoll. Kreistagsmitglied Kresse unterstützte dies. Auch wenn keine Steuerungsmechanismen vorhanden seien, wäre ein Bericht wichtig.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz teilte mit, dass Herr Schmitz von der Bundesagentur für Arbeit seine Teilnahme an der Sitzung des Kreisausschusses im Juli zugesagt habe. Dort könnten auch entsprechende Fragen der Fraktionen gestellt werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Klose um 21:10 Uhr die Sitzung.

Dr. Hans-Ulrich Klose

Marcus Mertens

Vorsitz

Schriftführung